

# „Jugendarbeitslosigkeit ist ein Gesamtberliner Problem“

Im Gespräch erklären Bürgermeister Andreas Geisel (SPD) und Karsten Dietrich von der Synergie GmbH, welche Aufgabe die Koordinierungsstelle „Jugend in Arbeit“ hat und was sie konkret für Lichtenberg bedeutet.

Seit Ende vergangenen Jahres geht der Bezirk neue Wege gegen Jugendarbeitslosigkeit: Die Koordinierungsstelle „Jugend in Arbeit“ vernetzt Projektträger, Arbeitsagentur, Job-Center, Schulen und Unternehmen. Ziel ist es, die Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung zu reduzieren. Karsten Dietrich von der Synergie GmbH leitet die Koordinierungsstelle. Ein Gespräch mit Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (SPD) über Strategien und Ziele.

*Herr Geisel, wie stellt sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Lichtenberg dar?*

**Andreas Geisel:** Wir haben im Moment eine Gesamt-Arbeitslosenquote von zehn Prozent, der Gesamtberliner Durchschnitt liegt bei 11,7 Prozent. Wir liegen damit also unterhalb der Arbeitslosenquote Berlins. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Jugendarbeitslosigkeit bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Zahlen der 15- bis 25-Jährigen. Auch hier registrieren wir im Moment eine positive Entwicklung. Der gegenwärtige Stand junger arbeitsloser Menschen liegt in Lichtenberg bei 8,9 Prozent. 2009 betrug die Jugendarbeitslosenquote noch 15 Prozent. Die Zahl wurde also nahezu halbiert. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung ist diese Zahl aber immer noch zu hoch. Wer die Schule ohne Schulabschluss verlässt, ist eigentlich nicht ausbildungsfähig. Und wer keine Ausbildung erhält, lebt mitunter sehr lange von Transferleistungen. Wenn wir das ändern wollen, können wir die Entwicklung nicht einfach so hinnehmen.

*Welche Gründe führen dazu, dass junge Menschen ihren Schulabschluss nicht schaffen?*

**Andreas Geisel:** Die Gründe sind vielfältig. In erster Linie ist das auf ein desolates Elternhaus, eine schwierige soziale Situation oder fehlende Vorbilder im Elternhaus zurückzuführen. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben außerdem oft Sprachschwierigkeiten. Der neue Ansatz an dieser Stelle, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Koordinierungsstelle „Jugend in Arbeit“ ins Leben zu rufen bedeutet, dass wir die vorhandenen Projekte im Bezirk Lichtenberg miteinander koordinieren. Und es ist vorgesehen, Schulen mit dazuzunehmen. Wir wollen gar nicht erst zulassen, dass Jugendliche den Schulabschluss verpassen und dann keinen Ausbildungsplatz finden. Ausbildungsbetriebe müssen allerdings auch das Problem begreifen und sehen, dass sie aufgrund der demografischen Entwicklung ein Nachwuchsproblem haben werden.

*Was erwarten Sie von den Unternehmen?*

Es geht in allererster Linie auch um solche Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Ehrgeiz. Diese Sekundärtugenden, die die Jugendlichen



**Karsten Dietrich von der Synergie GmbH und Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (SPD) engagieren sich gegen Jugendarbeitslosigkeit.** BILD: M. GÄDING

von ihren zerrütteten Elternhäusern nicht vermittelt bekommen haben, müssen auch von den Ausbildungsbetrieben noch einmal deutlich herüber gebracht werden. Um das zu koordinieren, haben wir das Projekt „Jugend in Arbeit“ auf den Weg gebracht und Herrn Dietrich beauftragt, diese Koordinierungsaufgabe für den Bezirk zu übernehmen.

*Haben wir es bei der Jugendarbeitslosigkeit mit einem Lichtenberger Problem zu tun?*

**Karsten Dietrich:** Jugendarbeitslosigkeit ist ein Gesamtberliner Problem, das punktuell in Stadtteilen auftaucht. In Lichtenberg trifft dies in erster Linie auf die sogenannten Sozialräume Neu-Hohenschönhausen Süd, Welsekiez, Hohenschönhauser Weg und Friedrichsfelde Ost zu. Diese Bereiche sind geprägt durch ein sehr günstiges Wohnen. Es gibt Schulen und Kitas um die Ecke und Freiraum. Gleichzeitig sind das aber eben auch Zuzugsgebiete von Familien mit einem geringen Einkommen. Oft sind es Familien mit prekären Einkommens- und Arbeitsverhältnissen. Hier ist genaues Hingucken angesagt. Und man muss überlegen, was man dort tut. Anhand vorliegender Zahlen hat die Bezirkspolitik die Chance zu hinterfragen, ob die öffentlichen Mittel der Jugendhilfe gut eingesetzt sind oder ob Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, die ja den Betroffenen direkt zu Gute kommen sollen, als Verstärkungsmittel in den betroffenen Regionen verwendet werden sollten. Man muss aber auch sagen, dass durch die Aktivitäten der Schulen in den Gebieten schon sehr viel passiert.

*Wie dürfen wir uns die Arbeit der Koordinierungsstelle vorstellen?*

**Karsten Dietrich:** Zunächst einmal ging es darum, die Akteure, die sich in der Phase des Übergangs von Schule in den Beruf engagieren, zu identifizieren. Wir haben da Institutionen, die mit Landesmitteln, mit Bundesmitteln sowie mit Mitteln der Europäischen Union arbeiten. Es war daher zunächst von Interesse zu schauen, mit welchen Trägern

arbeiten wir in Lichtenberg, wo sind die Projekte angesiedelt und mit welchem Erfolg. Wir haben nicht zuletzt durch die Transparenzdatenbank über 40 Träger identifiziert, die beim Thema aktiv tätig sind. Man muss darüber hinaus die Unternehmen gewinnen, die ihren Fachkräftenachwuchs in dem Feld der Schüler suchen, die eben nicht die Lernleistungen mitbringen, wo man sagt, daran schließt eine Hochschulkarriere an. Wir haben uns als Koordinierungsstelle vorgenommen, sogenannte Ausbildungsreserven zu heben – also Betriebe zu aktivieren, die sich von der Ausbildung verabschiedet haben. Die Auswertung der Gespräche mit Unternehmern hat ergeben, dass der Bedarf besteht, Schülerinnen und Schüler auf die Ausbildung vorzubereiten. Wir haben zwar genügend Ausbildungsplätze, aber eben auch Jugendliche, die nicht ausbildungsfähig sind. Man muss die zusammenbringen, die suchen. Und die, die noch nicht wissen, wo es hingehet. Wir haben zu allen Bereichen Kontakt aufgenommen. Zu Schulen, zu Unternehmen, den unterschiedlichen Akteuren im Bezirk, wir beteiligen uns an Ausbildungstagen.

**Andreas Geisel:** Es hilft jedoch alles nichts, wenn wir riesige Förderprogramme aufbauen, Geld investieren, Koordinierungsstellen gründen und alle auf die Jugendlichen einstürmen, dann aber eine gewisse Freiwilligkeit vermissen. Wenn wir diese Leistung erbringen, muss auch die entsprechende Gegenleistung erbracht werden. Das muss noch stärker in den Fokus genommen werden. Ich rede jetzt nicht von Arbeitszwang oder Ähnlichem. Wer aber staatliche Leistungen in Anspruch nimmt, muss auch seinerseits eine entsprechende Leistungsbereitschaft mitbringen.

*Welche Ideen haben Sie, an die Elternhäuser heranzukommen?*

**Andreas Geisel:** Zunächst einmal muss man sagen, dass „die Elternhäuser“ ein relativer Begriff ist. Die übergroße Mehrzahl der Elternhäuser en-

gagiert sich in ganz hervorragender Art und Weise, und sie prägen ihre Kinder entscheidend bei der Wahl des Berufes. Diese Grundsatzentscheidung bei 15- und 16-Jährigen wird vielfach von den Eltern beeinflusst. An die Eltern heranzukommen, die dort nicht so vorbildlich unterwegs sind, ist eine extrem schwierige Aufgabe. Ich sehe die Verantwortung bei den Schulen, früher einzusteigen. Sicher mag das zum jetzigen Zeitpunkt die Schulen überfordern. Aber dann ist es unsere Aufgabe, als Land Berlin auch beim Schulgesetz eine Veränderung herbeizuführen. Ein Beispiel aus Hamburg zeigt es: Dort entstand eine Jugendberufsagentur und der Gesetzgeber schuf die entsprechenden Voraussetzungen. Da muss Berlin stärker eintreten, wenn solche Aufgaben von Schulen wahrgenommen werden sollen. Wir dürfen die Kinder nicht aufgeben. Der Anspruch ist, Kinder und Jugendliche zu fördern – unabhängig vom Elternhaus. Es ist die Aufgabe des Staates, den Kindern und Jugendlichen zu helfen, die das vom Elternhaus nicht mitbekommen. Und das funktioniert nur über Schule.

*Wie soll das in der Schule funktionieren?*

**Andreas Geisel:** Darunter verstehe ich Jugendsozialarbeit an Schulen, Schulstationen, pädagogisches Engagement von Lehrern und man muss im Schulgesetz ganz schlicht den Auftrag erteilen, sich um diese Fragen zu kümmern. In Hamburg funktioniert das ja mit der Jugendberufsagentur gut. Alle sitzen unter einem Dach und arbeiten zusammen, haben die entsprechenden materiellen und rechtlichen Voraussetzungen, dies zu machen. Berlin orientiert sich an diesem Hamburger Beispiel. Nun muss man sich aber nicht nur an diesen Hamburger Ergebnissen orientieren, sondern auch die personellen, materiellen und rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Das müssen wir dieses Jahr tun. Da sind wir auf dem Weg.

**Karsten Dietrich:** Die Koordinierungsstelle hat schon eine gute Vorarbeit geleistet, in dem sie eine Plattform geschaffen hat für Pädagogen und Sozialarbeiter. Sie können einen tagesaktuellen Überblick erhalten, welche Maßnahmen und Veranstaltungen zur Berufsorientierung auf der lokalen Ebene stattfinden. Die Voraussetzungen an den Schulen für eine sehr, sehr gute Bildung sind gut. Wir haben ja schon Ressourcen, man muss sie nur bündeln. Das Land Berlin muss Rahmenbedingungen schaffen, die Pädagogen zu unterstützen. Die Lehrer sind stark motiviert vor Ort. Sie kennen die Schwierigkeiten ihrer Schüler. An diesem Übergang von Schule in den Beruf die Schulen zu unterstützen, halte ich für wichtig.

*Das Gespräch führte Marcel Gäding.*